Nr. 297. **Nr. 297.**

Berlin, Sonnabend, den 19. December **1857.** **Berlin,** Sonnabend, den 19. December **1857.**

Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 2 Rthlr. 15 Sgr., mit Botenlohn 2 Rthlr. 22½ Sgr. — Für ganz Preußen, mit Postzuschlag: 3 Rthlr. — Für ganz Deutschland: 3 Rthlr. 15 Sgr. — Die einzelne Nr. wird mit 2½ Sgr. berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Depauer-Straße No. 5, und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer fünfgespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.

Wir ersuchen unsere Leser, das Abonnement auf die „Neue Preußische Zeitung" für das nächste Quartal baldigst zu erneuern, um Irrungen zu vermeiden etwa mit dem Zusatze „Kreuzzeitung". Die Zeitung kostet für Berlin vierteljährlich: 2 Thlr. 15 Sgr., mit Botenlohn 2 Thlr. 22½ Sgr. — Für ganz Preußen: 3 Thlr. — Für ganz Deutschland: 3 Thlr. 15½ Sgr.

Oesterreich und Preußen.

II.

Oesterreichs Stellung und Politik ist gewagt und prekär, nicht allein, weil die Oesterreichische Staats-Neubildung die Sondernatur der einzelnen Oesterreichischen Lande zu wenig berücksichtigt, und damit ihr schließliches Gelingen in Frage stellt; nicht allein, weil gar viele der neueren Reformen heute noch lediglich auf dem Papiere stehen, und voraussichtlich auch noch lange Zeit, wenn nicht für immer dort bleiben werden; nicht allein, daß die Oesterreichische Staatskunst noch überwiegend auf dem materiellen Gebiete in Anspruch genommen ist, und periodisch auf höchst ungemüthliche Weise von ihrem erhabenen Fluge in die Wirklichkeit zurückgeführt ist: — man wird auch an entscheidender Stelle kaum noch der Illusion Raum geben, als ob das neue Concordat das geeignete Mittel sei, die geistige Concentration der Oesterreichischen Gesammt-Monarchie und ein politisches Uebergewicht Oesterreichs in Deutschland herbeizuführen und zu sichern.

Der verjährte historische, kirchliche und politische Gegensatz des Papstthums und Kaiserthums, — man hat ihn wohl zeitweilig vergessen oder doch in den Hintergrund treten lassen, so lange Einer des Andern zu bedürfen meinte; doch mit der Wiederkehr des Gefühls eigener Kraft ist auch stets jener Gegensatz wieder lebendig geworden. Ist dies aber richtig — und wir rufen eine fast tausendjährige Geschichte als Zeugen auf — so folgt daraus mit logischer Nothwendigkeit, daß Papstthum und Kaiserthum in demselben Maße die Bereitwilligkeit, sich gegenseitig zu stützen und zu stärken, verlieren, als ihr Vermögen und die Möglichkeit dazu wächst, und daß daher, vielleicht früher als man jetzt meint, von dem Concordat nicht viel mehr übrig bleibt, als der bekannte Ausspruch im Shakespeare, „daß der Andere doch nicht der Mann gewesen, für den man ihn gehalten." Fangen doch schon heut bis dahin anders klingende „katholische Organe" an, die Preußische Politik zu loben! —

Ueberdies beruht es auf einem völligen Verkennen der heutigen Leistungsfähigkeit der Römischen Kirche, wenn man von ihr eine Verjüngung der Völker und eine geistige Concentration der Staaten erwartet. Concentration und Stärkung der Staaten hat überhaupt, so viel wir wissen, noch niemals in dem Plane der Römischen Curie gelegen; und eine Hierarchie, die selbst an dem Mittelpunkte ihrer Macht nur durch fremde Bajonette gehalten wird, die ist eher darauf angewiesen, sich selbst durch den weltlichen Arm zu retabliren, als daß sie sich ihrerseits in der Lage befände, wankende Throne zu stützen und revolutionär erregte Völker zu bewältigen. Was die Kirche in ihrer Jugendkraft und Blüthe geleistet, damals, als sie eben noch nicht die Römische war; damals, als die Völker zu ihren Füßen saßen und die Fürsten von ihr christliche Regierungskunst lernten; damals, als die Kirche noch alle weltlichen Unterschiede und Gegensätze von sich fern zu halten und in sich auszugleichen wußte: — die heutige Römische Kirche vermag dies Alles nicht mehr, und es liegt daher in dem Concordat auch noch die Gefahr, daß Oesterreich, ohne Etwas zu gewinnen, durch dasselbe die Sympathieen seiner eigenen protestantischen Unterthanen und des evangelischen Deutschlands verliere.

Es tritt hinzu, daß die neuesten Deutschen Maßnahmen des Oesterreichischen Cabinets im tiefsten Grunde Nichts sind, als eine Nachahmung und damit Empfehlung der bisherigen Preußischen Politik. Zuerst die Ueberführung des früheren polizeilich-patriarchalischen Regiments in eine kräftige absolute Monarchie: eine Metamorphose, die Preußen bereits unter Friedrich dem Großen nach Innen und Außen vollzogen, die aber Leopold II. damals vergeblich nachzuahmen versucht, und die für Oesterreich auch heute noch der Vollendung harrt. Unzweifelhaft also, daß Preußen, welches inzwischen zum „parlamentarischen Regiment" oder, wie wir es nennen, zum centralen Ständethum fortgeschritten, Oesterreich auf diesem Gebiete um einen weiten und nicht gefahrlosen Schritt überholt. Sodann der zum Theil gelungene Versuch Oesterreichs, den andern Deutschen Staaten auf dem Gebiete des materiellen Verkehrslebens näher zu treten. Es ist damit nur derselbe Weg eingeschlagen, den Preußen bereits mit dem Zollverein betreten, und auf dem es Oesterreich stets so weit — aber freilich auch nicht weiter — voraus sein wird, als die materielle Entwickelung Oesterreichs noch hinter der seinigen und der mit ihm verbundenen Staaten zurückbleibt. Es ist dies der Grund, aus welchem man, seitdem Oesterreich sich überhaupt nach dieser Seite hingewendet, den Schwerpunkt der Preußischen Stellung in Deutschland gewissermaßen instinctiv überhaupt nicht mehr in dem Zollverein, sondern in höheren socialen, politischen und kirchlichen Factoren und Momenten erblickt. Drittens hat Oesterreich mit seiner Hinwendung zu Deutschland, mit seiner thatsächlichen Anerkenntniß, daß es in Deutschland die beste Stütze für seine Pläne, für sein inneres und internationales Staatsleben zu finden vermeine, und die Wechselwirkung seiner Europäischen und Deutschen Machtstellung mit völliger Klarheit begriffen, — die Deutsche Politik Preußens vor sich selbst und vor Deutschland gerechtfertigt, und eine Entwickelung angebahnt, in welcher Preußen und Oesterreich Hand in Hand, und doch jedes auf seinem eigenthümlichen Wege, nach seinen Gaben und Beruf, die Einheit, Macht und Bedeutung Deutschlands zu pflegen und zu stärken vermögen.

Oesterreich, welches die Aufgabe überkommen, „im Osten unter seinen Slavischen und Ungarischen Völkern, die eine selbständige und großartige Lebens-Entwickelung sich nicht zu bereiten vermögen, auf Grund Deutscher Bildung und Gesittung durch die Kraft seiner eigenen bedeutenden Deutschen Elemente und durch die nachhaltige Unterstützung der ganzen Deutschen Nation eine neue Lebens-Aera unter Oesterreichischem Scepter zu begründen, und zugleich die hinfällige Natur Italiens durch seine Herrschaft in Ober-Italien unter Einströmung anderer Deutscher Lebenskraft zur Weiterentwickelung zu bringen;" Oesterreich, welchem — um noch höher zu greifen — der Beruf geworden, die Früchte und Resultate Deutscher geistiger, socialer und politischer Arbeit, sobald und soweit es sich dieselben selbst angeeignet, mit dem Stempel seiner Europäischen Machtstellung zu versehen und aus dem Deutschen in das Europäische Staatsrecht zu übertragen.

Preußen, dessen Beruf es ist, an der Spitze der inneren geistigen, socialen und politischen Entwickelung Deutschlands zu stehen; Preußen, dessen Aufgabe es ist, das Alte mit dem Neuen harmonisch zu verbinden, die Gegensätze der Zeit — Autorität und Selbstverantwortlichkeit; Gehorsam und Freiheit; starkes Königthum und unabhängige Volksvertretung; ungetheilte Souverainetät und richtig vertheilte Regierungsgewalt; Beamtenthum und organisch geordnete Selbstverwaltung — in sich zu überwinden und zum Austrag zu bringen; Preußen, dessen letztes Ziel es sein muß, Oesterreich stets einen Schritt voraus zu sein, ihm so zu sagen den geistigen Inhalt für seine Europäische Action darzureichen; Preußen, dem es obliegt, den thatsächlichen Beweis zu führen, daß es die neue Zeit eben so wie vor hundert Jahren ohne Gefährdung seines eigentlichen Kerns in sich aufzunehmen weiß, und gerade in der Festhaltung seiner Eigenthümlichkeit die Fähigkeit und Kraft besitzt, allen Sonderstellungen, den politischen wie den kirchlichen, gerecht zu werden; Preußen, welches sich nur mit Verlust seines eigentlichen Selbst der Pflicht entziehen kann, sich als das Centrum und den Brennpunkt aller Deutschen Plane und Ideale zu erhalten, und in der Aufrichtung einer höheren geistigen, socialen und politischen Ordnung über Deutschland das Unterpfand zu geben, daß die Deutsche Nation nicht umsonst auf selbiges gehofft.

Natürlich soll damit weder Oesterreich von der inneren, noch Preußen von der auswärtigen Politik Deutschlands ausgeschlossen sein, vielmehr ist — auch abgesehen von der selbständigen Europäischen Machtstellung und den daraus resultirenden Pflichten jeder der beiden Deutschen Großmächte für sich — neben der Einigkeit und dem Einverständniß in der Hauptsache auf beiden Gebieten eine gewisse Rivalität Preußens und Oesterreichs in Bezug auf das Detail im Interesse Gesammt-Deutschlands dringend zu wünschen. Zwischen diesen beiden Polen — der Einheit nach Außen, dem Gegensatze nach Innen, der Harmonie in der Hauptsache, der Rivalität im Detail — sind bis dahin und werden auch ferner das Deutsche Leben und die Deutsche Entwickelung unseres Vaterlandes verlaufen, und in beiden hat eben so wohl Gesammt-Deutschland die Garantie, als jede der beiden Großmächte das Correctiv gefunden, sobald sie sich verleiten ließen, ihr eigenes Sonder-Interesse mit den Interessen des Deutschen Volkes zu verwechseln.

Zugleich ist dort auch das rechte Verständniß für die Bedeutung und das Gewicht der Deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu finden; das rechte Verständniß, daß und warum jeder Deutsche Staat neben Oesterreich und Preußen in Deutschland gerade so viel, aber auch nicht mehr gilt, als er es versteht, in dem Gegensatze der Deutschen Großmächte das rechte Deutsche Wort zu sprechen oder gar hier und dort einer oder der andern in Bezug auf ihren eigenthümlichen Beruf den Rang abzulaufen.

Die sogenannte Assimilations-Theorie und die krystallinische Weiterbildung sogenannter Deutscher Kernstaaten halten wir unsererseits für eine müßige Spielerei.

X.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Den Militair-Intendantur-Rath Glogau vom 7. Armee-Corps zum Geheimen Kriegs-Rath und Rath dritter Klasse im Kriegs-Ministerium; die Intendantur-Assessoren Engelhard vom 3. Armee-Corps und Mente vom 8. Armee-Corps zu Militair-Intendantur-Räthen; ferner

Den seitherigen Landrathsamts-Verweser, Regierungs-Referendarius Julius v. Hülst, zum Landrathe des Kreises Ahaus, im Regierungs-Bezirk Münster, zu ernennen, und

Den Rentner Ludwig Ringel, der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Barmen getroffenen Wahl gemäß, als fünften Beigeordneten der Stadt Barmen für eine sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Deutschland.

* **Berlin,** 18. December. Wir haben früher gemeldet, daß Hamburg zur Erlangung eines baaren Darlehns behufs Abhülfe der im dortigen Handelsstande sich zeigenden Verlegenheiten in Verhandlungen auch mit der Preußischen Regierung getreten war, daß diese Verhandlungen aber zu dem gewünschten Ergebniß nicht geführt haben. Zur Aufklärung in dieser Angelegenheit theilt heute die „Zeit" den Erlaß mit, welchen der Minister-Präsident Frhr. von Manteuffel am 12. d. M. in Betreff jener Verhandlungen an den Preußischen Geschäftsträger in Hamburg, Hrn. v. Kamptz, gerichtet hat. Derselbe lautet:

Die Mittheilungen, welche mir von Ew. Hochwohlgeboren über den Gang der in Hamburg ausgebrochenen Handels- und Geldkrisis zugegangen sind, haben die unausgesetzte Beachtung der Königlichen Regierung in Anspruch genommen. Ew. ꝛc. ermessen, wie wir dem ganzen Verlauf nur mit der lebhaftesten Theilnahme haben folgen können, es war der volle Ernst sorgsamster Erwägung, welchen wir der Sache widmeten. — Beschäftigt mit diesen Erwägungen empfing ich Ihre telegraphische Anzeige vom 3. d. M., daß der Senat beschlossen habe, den Vorstand der Kammer, Herrn Möhring, nach Berlin zu entsenden, um auf Gewährung eines Darlehns von 2, höchstens 3 Millionen anzutragen. Herr Möhring, in Begleitung des hiesigen Hamburgischen Geschäftsträgers, besuchte mich am 4. d. M. und legte mir im Wege mündlicher Unterhaltung den Plan vor, welcher dahin ging: daß wir eine Summe von 3 Millionen Thalern gegen Verpfändung von Kämmereischeinen gewähren möchten, welche letztere durch Unterpfand sicher gestellt werden sollten. Auch war dabei im Allgemeinen von der Verpfändung von Eisenbahn-Actien die Rede. Ich leitete sofort hier die Berathung mit den betheiligten Herren Ministern ein. Die Gesichtspunkte, welche uns bei dieser Berathung leiteten, waren durch die Lage der Verhältnisse vorgezeichnet; es war der Wunsch, den Anträgen einer nahe befreundeten, durch enge Bande internationaler Interessen mit uns verbundenen Regierung zu entsprechen, und die Erkenntniß, daß, bei der Solidarität zwischen dem Preußischen und dem Hamburgischen Handel, jede Maßregel, welche den letzteren vor Erschütterungen bewahrt, zugleich zur Sicherstellung des ersteren gereicht. Bei vollem Einverständniß über diese Gesichtspunkte konnten wir uns indessen nicht verhehlen, daß wir durch Gewährung des gewünschten Darlehns die Mittel vermindern würden, auf deren Benutzung unser eigener Handel und unsere eigene Production zunächst angewiesen sind, und daß eine Verminderung dieser Mittel dann zu ernsten Verlegenheiten führen müsse, wenn die an Hamburg gewährte Hülfe nicht ausreiche, dort das Vertrauen wieder zu befestigen und den erschütterten Verhältnissen wieder eine sichere Grundlage zu gewähren. Die Rücksicht auf die Pflichten, welche wir dem eigenen Lande schuldig sind, stellte daher die Frage in den Vordergrund, ob sich bei gewissenhafter Prüfung der Sachlage, mit der in solchen Dingen zulässigen Sicherheit, die Ueberzeugung gewinnen lasse, daß die Hergabe des Darlehns von einem wesentlich günstigen Einfluß auf die Gestaltung der dortigen Verhältnisse sein werde.

Leider waren wir nicht in der Lage, diese Frage bejahen zu können. Schon die vor Eröffnung der Berathung eingegangenen Nachrichten ließen besorgen, daß die Schritte zu deren Verwirklichung der Senat unsere Mitwirkung in Anspruch nahm, nicht ausreichen würden, um die ständlich wachsende Krisis zum Stillstande zu bringen. Es traf dann auch mitten in unserer Berathung die Nachricht ein, daß eine Anleihe von 30 Millionen beabsichtigt werde, und es ging hiermit für unsere Berathung die bisherige Basis und für die Beantwortung der präjudiciellen Frage jede Sicherheit verloren. Es war uns daher unmöglich, einen bestimmten Beschluß zu fassen. Ich habe dies sogleich noch am Abend des 4. d. M. dem Hamburgischen Abgeordneten und dem Hamburgischen Geschäftsträger offen mitgetheilt und beiden Herren unsere Zweifel dargelegt. Sollte die Summe, welche man bei uns zu erhalten wünschte, neben jenem größeren Darlehen stehen, oder sollte sie nur einen Theil des größeren Darlehns bilden? War zu erwarten, daß das letztere zu Stande kommen und daß, wenn es nicht zu Stande käme, die von uns gewünschte Hülfe den Erfolg haben werde, den man sich davon versprechen wollte? Alle diese und die damit zusammenhängenden Fragen, auf deren Lösung wir in einem so ernsten Augenblick entscheidenden Werth legen mußten, konnten nicht beantwortet werden. Die in den folgenden Tagen uns zugehenden Nachrichten waren nicht geeignet, diese Fragen auf eine befriedigende Weise zu lösen. Die verschiedenen Maßregeln, welche in diesen Tagen im Schooße der Behörden und der erbgesessenen Bürgerschaft zur Sprache kamen — Errichtung einer Staats-Disconto-Kasse, interimistische Emission zinstragender Scheine, Papiergeld mit Zwangscours, Verbot der Silber-Ausfuhr, Suspension des Artikel 29 der Wechselordnung u. s. w. — trafen nur darin überein, daß sie das bedrohliche Wachsen der Krisis und die Unzulänglichkeit der von uns begehrten Hülfe mehr und mehr anschaulich machten.

Inzwischen war Herr Möhring nach Hamburg zurückgekehrt; ich konnte dem Hamburgischen Geschäftsträger, als mich derselbe in den nächstfolgenden Tagen mit seinem Besuche beehrte, nur wiederholen, daß die Königliche Regierung sich im Hinblick auf die obwaltenden Verhältnisse außer Stande sähe, der Sache näher zu treten. Ich mußte diesen Mittheilungen hinzufügen, daß die Gestaltung der Verhältnisse bei uns selbst, zum Theil veranlaßt durch die schwankenden Zustände in Hamburg, uns die gewünschte Mitwirkung von Tage zu Tage schwieriger mache. Die Geschäftsstockungen innerhalb unseres Handels- und Gewerbstandes waren im Wachsen, die Hülfe unserer Geld-Institute wurde in steigendem Maße in Anspruch genommen, die Nothwendigkeit wurde immer dringender, auf ungeschwächte Erhaltung der für diese Hülfe bestimmten und geeigneten Mittel Bedacht zu nehmen; die Hoffnung wurde immer geringer, daß ein Darlehn von 3 Millionen einen wesentlichen Einfluß auf die Herstellung des Credits in Hamburg ausüben werde. So war die Lage, als am 6. d. Mts. die Nachricht einging, daß die Errichtung einer Disconto-Bank mit einem Capital von 15 Millionen Mark Banco beschlossen sei; 5 Millionen sollten durch Verpfändung der dem Staate gehörenden Berlin-Hamburger und Hamburg-Bergedorfer Eisenbahn-Actien, die übrigen 10 Millionen sollten auf dem Wege einer Anleihe auswärts beschafft werden. Diese Nachricht befestigte die Ueberzeugung, daß es zur Beseitigung der Krisis in Hamburg sehr viel umfassenderer Maßregeln als derjenigen bedürfe, für welche unsere Mitwirkung in Anspruch genommen war, und daß die Wirksamkeit auch dieser Maßregeln zu ungewiß sei, um uns zu gestatten, der im gefährdeten Lande zunehmenden Krisis mit geschwächten Mitteln entgegenzutreten. Es konnte daher dem Herrn Möhring, welcher inzwischen nach Berlin zurückgekehrt war, nur eröffnet werden, daß unsere Geld-Institute nicht im Stande seien, ein Darlehn herzugeben.

Dies war der Hergang der mit den Hamburgischen Bevollmächtigten gepflogenen Verhandlung, und dies die Gründe, welche es uns unmöglich gemacht haben, den dortigen Anträgen zu entsprechen. Die Erfahrungen der seitdem verflossenen Woche haben diese Gründe weiter gerechtfertigt. Die zur Beleihung von Waaren begründete Kasse hat ihre Operationen begonnen. Die von dem Senate emittirten Kammer-Mandate haben eine gute Aufnahme gefunden. Die Disconto-Kasse ist eröffnet. Die Oesterreichische National-Bank, nicht beengt durch die Rücksichten, welche die Preußische Bank auf die Realisation ihrer Noten zu nehmen hat, ist in der Lage gewesen, ein Darlehn von 10 Millionen Mark Banco zu gewähren. Dennoch vermögen wir zu unserm aufrichtigen Bedauern uns der Hoffnung noch nicht hinzugeben, daß schon eine gründliche Besserung des Zustandes eingetreten ist; es wird noch über außerordentliche Maßregeln zur Aufrechthaltung einiger der bedeutendsten Häuser des Platzes berathen. Diese Erscheinung, indem sie darthut, daß das von uns begehrte Darlehn ohne wirksamen Einfluß auf die Verhältnisse gewesen sein würde, giebt zugleich Veranlassung zu der Besorgniß, daß man dort nicht frei von Auffassungen ist, welche die Wirksamkeit einer jeden, auch noch so großen Hülfe in Frage stellen müssen. Es zeigt sich immer mehr und wird von allen Seiten immer mehr anerkannt, daß einige Häuser sich in Speculationen eingelassen haben, welche mit ihren Mitteln oder mit dem wahren Bedarf außer Verhältniß standen. Näher hierauf einzugehen, darf ich mich enthalten; indeß habe ich nicht unterlassen wollen, Ew. ꝛc. zu erkennen zu geben, daß jene Umstände unsere Bedenken noch haben steigern müssen, wenn wir auch die ernste Bedeutung der Rückwirkungen nicht verkennen, welche unsern Handels- und Gewerbstand bei dem Fortschreiten der dortigen Verwickelungen treffen können.

Ew. ꝛc. finden in vorstehenden Bemerkungen die Gesichtspunkte angedeutet, von welchen die Königl. Regierung in dieser Angelegenheit ausgegangen ist. Ich wünsche, daß Sie über diese unsere Auffassung dort keinen Zweifel lassen, und ersuche Sie, mit allem Nachdruck hervorzuheben, daß wir bei allem Antheil und bei aller Bereitwilligkeit doch uns nicht in der Möglichkeit gesehen haben, eine Hülfe zu gewähren, von welcher man einen wirksamen und nachhaltigen Erfolg hätte erwarten können. (gez.) Manteuffel.

Ihre Majestät die Königin empfingen gestern Vormittag im Königlichen Schlosse zu Charlottenburg den Bischof von Kulm, Freiherrn v. d. Marwitz. Hierauf statteten Ihre Königlichen Hoheiten die Prinzen Friedrich und Georg von Preußen Ihren Majestäten dem König und der Königin einen Besuch ab, worauf Allerhöchstdieselben wieder eine Spazierfahrt machten. Nachmittags ließen Se. Maj. der König Sich durch den Geh. Ober-Baurath Stüler Baupläne vorlegen.

— Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen empfing gestern auch den General der Cavallerie Grafen von Nostitz, Preußischen Gesandten in Hannover.

— Se. Hoheit der Prinz Carl von Baden ist nach Frankfurt a. M. von hier abgereist.

— Nachdem das Staatsministerium gestern Nachmittag 6 Uhr in einer muthmaßlich vorbereitenden Sitzung zusammengetreten war, fand heute Mittag nach 12 Uhr im Palais Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen ein Minister-Conseil statt.

— Der Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Erblandmarschall Graf v. Hahn ist von Schloß Bajedow, der Königl. Großbritannische Oberst Palwot von Corfu und der Königl. Sächsische Kammerherr Graf v. Hohenthal von Tüchau hier angekommen.

— In Bern wird nächstes Jahr ein internationaler Telegraphen-Congreß stattfinden.

— Der Bau der Eisenbahn von Lowicz (Kgr. Polen) nach Thorn ist, wie wir hören, wegen der ungünstigen Geldverhältnisse auf ein Jahr sistirt worden.

Mainz, 17. December. [Zur Explosion.] Die „Frankf. P.-Z." schreibt: Die Nachricht der „Augsb. A. Z.", nach welcher die zur Ermittelung der Veranlassung der Pulverexplosion in Mainz gebildete Commission thatsächlich festgestellt haben soll, daß der Unteroffizier Wimmer das Magazin in Brand gesteckt habe, ist falsch."

Darmstadt, 16. December. [Diplomatie.] Se. K. H. der Großherzog hat gestern den bisherigen Preußischen Gesandten Grafen von Perponcher-Sedlnitzky empfangen und aus dessen Händen das Königliche Schreiben entgegengenommen, wodurch derselbe von diesem Posten abberufen worden ist. Der Graf hatte hierauf die Ehre, bei J. K. H. der Großherzogin besondere Audienz zu erhalten. (Dst. Z.)

* **Frankfurt a. M.,** 17. December. [Berichtigung.] In der Nr. 295 der Kreuzzeitung findet sich ein aus der Kölner Zeitung aufgenommener Artikel, wornach der Geh. Cabinetsrath und Bundestagsgesandte v. Strauß wegen eines Artikels des „Actionärs" über die Bückeburger Bank den Frankfurter Senat um eine Verwarnung dieser Zeitschrift ersucht haben soll. Wir erfahren jetzt, daß diese Angabe durchaus auf Unwahrheit beruht, indem weder schriftlich noch mündlich ein solches Ersuchen von Hrn. von Strauß gestellt worden ist.

[Graf Ille-Brahe.] Die „Frankf. P. Ztg." berichtigt die Nachricht mehrerer Blätter, daß der Dänische Gesandte in Wien, Graf Ille-Brahe, sich hier befinde, und Besprechungen mit dem Preußischen und Oesterreichischen Bundestags-Gesandten über die Holsteinische Angelegenheit gehabt habe, wie folgt: „Der hier anwesend gewesene Graf Ille-Brahe hat nur den Holsteinischen, nicht aber den Preußischen und Oesterreichischen Bundestags-Gesandten gesehen. Seine Absicht dürfte auch nicht gewesen sein, sich mit dem Kammerherrn v. Bülow über die Holsteinische Sache ins Benehmen zu setzen. Es war nämlich nicht der Dänische Gesandte in Wien, welcher eine kurze Zeit in Frankfurt verweilte, sondern dessen Bruder, der sich in Dänischen Diensten überhaupt nicht befindet. Der Anlaß seiner Reise nach Wien war der vor kurzem erfolgte Tod des Vaters des Grafen."

§ **Weimar,** 17. December. [Vom Hofe.] Gestern ist Se. K. Hoh. der Erzherzog Stephan, der seit einiger Zeit zum Besuch hier weilte, wieder abgereist.

* **Braunschweig,** 16. Decbr. [Eröffnung des Landtags.] Zur gestrigen Eröffnung des neunten ordentlichen Landtages hatte sich das Herzogl. Staats-Ministerium, die Geh. Räthe v. Geyso, Langerfeldt und v. Campe, so wie 45 Mitglieder der Versammlung eingefunden. Zufolge der Rede des Geh. Raths v. Geyso werden außer dem Staatshaushalts-Etat und den übrigen damit in Verbindung stehenden Etats für die nächste Finanzperiode von Neuem Gesetzentwürfe über die Untheilbarkeit der Rittergüter und sonstigen größeren Güter, über die Vererbung dieser Güter und über die Errichtung von Familien-Stammgütern vorgelegt werden. Bei der Präsidentenwahl wurden alle diejenigen drei Candidaten, welche dem Herzoge zur Ernennung eines Präsidenten zu präsentiren sind, von der Versammlung gewählt: der Kreisdirector Pockels aus Holzminden, der Ober-Bürgermeister Caspari und der Kammerrath v. Veltheim-Destedt. — In der heutigen Sitzung verlas der Alterspräsident Prof. Krüger ein Schreiben des Herzogl. Staats-Ministeriums, durch welches der Wahl des Kreisdirectors Pockels zum Präsidenten der Abgeordneten-Versammlung die Landesherrliche Bestätigung ertheilt wird. Sodann schritt man zur Wahl der Candidaten für das Vicepräsidium; in erster Stelle wird gewählt der Ober-Bürgermeister Caspari, in zweiter der Buchhändler E. Vieweg, in dritter der Ober-Staatsanwalt Schulz.

Hannover, 17. December. [Orden.] Dem Generalmajor Graf v. Adlerberg, General-Adjutant Sr. Maj. des Kaisers von Rußland, hat das Commandeur-Kreuz erster Klasse des Guelphen-Ordens erhalten.

Oldenburg, 16. December. [Seerechts-Conferenzen.] An der Nürnberger Conferenz zur Berathung eines allgemeinen Deutschen Gesetzbuchs hat Oldenburg durch einen besonderen Abgeordneten bisher nicht Theil genommen. Bei dem demnächstigen Zusammentreten der Conferenz in Hamburg zur Feststellung eines gemeinsamen Deutschen Seerechts, dem die diesseitige Regierung ein besonderes Interesse zuwendet, wird sie durch den Oldenburgischen Generalconsul in Hamburg, Schmidt, vertreten sein. (W. Z.)

Sternberg, 16. Dec. [Landtag. Ober-Consistorium.] Bisher war das Consistorium in Rostock diejenige Behörde, von welcher Geistliche bei Vergehungen in Ceremonial-, Disciplinar- und Doctrinfällen zur Rechenschaft gezogen wurden. Hatten sie gefehlt, so konnten sie in Disciplinar- und Ceremonialfällen von der Justizkanzlei bestraft werden, und wenn sie mit der Entscheidung nicht zufrieden waren, an das Ober-Appellationsgericht appelliren. In Doctrinfällen und Lehrfällen war das Consistorium die entscheidende Behörde, und das Ober-Appellationsgericht hatte sich geweigert, darüber die Appellation anzunehmen. Jetzt war regierungseitig ein Gesetz vorgeschlagen, wonach das Consistorium zunächst die Sache zu entscheiden habe, dann aber ein Ober-Consistorium, welches aus zwei Ober-Appellationsräthen und mehreren Theologen, Superintendenten ꝛc. bestehen und die zweite Instanz in Glaubenssachen bilden sollte. Dies Obergericht sollte auch über den Lehrern der Theologie an der Rostocker Universität stehen und deren Lehren überwachen. Es sollte nicht allein seine Befugnisse über Geistliche, sondern auch über Laien erstrecken und auch über deren religiösen Lebenswandel zu richten competent sein. Außerdem sollten die Prediger, welche wegen „falscher Lehre" und „Verschuldungen" abgesetzt würden, kein Gehalt aus ihrem Kirchenärar mehr beziehen dürfen, und sie sollten, wenn sie wegen Alters, Krankheit, dienstuntauglich würden, auf Pension gesetzt und etwa den dritten Theil ihres Gehalts nach der Bestimmung des Oberkirchenraths behalten, ohne daß die Privatpetitionen dabei unwesentlich Einspruch thun dürften. Nach dem Entwurf dürften Mitglieder im Consistorium und Ober-Consistorium nicht bloß Laien sein, sondern es müßten dabei besonders Theologen zugezogen werden. Der gestern hierüber verlesene Commissionsbericht (Referent Berlin) ging nun dahin, daß 1) die proponirte Gesetzgebung wegen Unterordnung der Lehrer der Theologie in Doctrinfällen unter das Consistorium abgelehnt werden, und 2) daß der engere Ausschuß beauftragt werden solle, mit der Regierung über die Creirung des Consistorialgerichts unter Modificationen über die Besetzung desselben zu verhandeln, so wie ferner 3) auch über die Amtsentlassung und Pensionirung der Prediger, unter der Bedingung, daß vorher ein mehr aus dem Appellationsgericht und aus Laien bestehendes unabhängiges Gericht gebildet werde, so wie unter Aenderung noch vieler anderer Punkte. Die Aenderungen waren aber so bedeutend, daß von dem wirklichen Regierungs-Vorschlag wenig blieb. Bei der Wichtigkeit der Sache konnte die Debatte gestern nicht zu Ende geführt werden. Heute ward zunächst darüber abgestimmt, ob event. der Vorschlag der Majorität der Committe, nach welchem ein Ausschuß des Ober-Appellationsgerichts die neue Behörde bilden werde, oder der Vorschlag der Minorität, nach welchem sämmtliche Mitglieder des Ober-Appellationsgerichts der neuen Behörde angehören würden, approbirt werden solle. Die Abstimmung ergiebt, daß mit 64 gegen 9 Stimmen der Vorschlag der Minorität angenommen ist. Hierauf werden auch die übrigen Vorschläge der Committe genehmigt.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

△ **Wien,** 14. Dec. [Die zukünftige Gestalt der Wiener Journale.] Sie erwarten von mir mit Recht die Fortsetzung des Berichtes über die Wandlungen, welche an unseren Zeitungen das Stempelgesetz mit sich bringt. Aus dem neuesten Stadium der Entpuppungen ist offenbar das bezeichnendste das Programm des (zu Pesth in Ungarischer Sprache erscheinenden) „Pesti napló". Dasselbe ist von dem Baron Kemény und dem Domherrn Danielik verfaßt. Diesem Programm zufolge handelt es sich jetzt um „Reconstruction der Nation" — man weiß, was die Ungarn unter natio verstehen — und um Verbrüderung zwischen Protestanten und Katholiken zu diesem Zwecke. Domherr Danielik will ferner mit den historischen Rechten auch „die allgemeinen, ewigen und unveräußerlichen Rechte der Menschheit" in Einklang bringen. Das ist sehr deutlich gesprochen; wir kennen die Geschichte dieser „ewigen, unveräußerlichen Rechte" sowohl in Wien als in Ungarn! — Hier in Wien vergrößert sich die „Morgenpost" zu einem großen Organ für den Liberalismus der Massen; sie wird sich — so lautet ihr Programm — besonders mit den Verhältnissen der Arbeit und der Arbeiter beschäftigen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist es also gut zu wissen, daß wir gegenwärtig in liberalen Journalen unserer Stadt mit zwei Posten fahren: mit der „Ostdeutschen Post", Conducteur Kuranda, in den Kreisen der hohen Finanz und der hohen Diplomatie, und mit der „Morgenpost", Conducteur Landsteiner, in den Kreisen der frères ouvriers. Die Oesterreichische Zeitung hüllt sich noch in profundes Schweigen, desgleichen ihr Collega der „Wanderer", welcher vom neuen Jahre ab seine Lenden mit einem neuen ausländischen Redactionsschwerte gürten wird. Herr Zang („Presse") opfert dem Stempelgesetz großmüthig sein Abendblatt, und setzt dem verehrungswürdigen Publicum auseinander — was es ihm auch ohne Exposé geglaubt hätte — daß es mit dem Aufgeben des Abendblattes nicht sowohl etwas verliert sondern gewinnt. Er beweist ferner seinen 21,000 Abonnenten, daß die „Presse", indem sie vom 1. Januar ab ihren Preis von 8 auf 10 Fl. erhöht, eigentlich um 3 Fl. wohlfeiler wird. Unsere Preßmatadore scheinen überhaupt der Ansicht, daß das Wiener Publicum für dergleichen Argumente ungemein zugänglich ist, denn auch das „Fremdenblatt", welches heute sein Abonnement mit Zuschlag des Stempels auf 10 Fl. stellt, bemerkt dazu, daß es hiermit seinen Preis im Grunde von 6 auf 5 Fl. jährlich herabsetze. Herr Heine („Fremdenblatt") erklärt ferner, er theile nicht die Befürchtung, daß durch die Billigkeit der (bekanntlich) ungestempelt erscheinenden officiellen Landesblätter die dem Stempel unterliegenden Journale an Abonnenten verlieren werden, denn er ist überzeugt: „die Leser werden aus Patriotismus ihre Theilnahme den gestempelten Blättern zuwenden, um durch die Entrichtung der Stempelsteuer das Einkommen des Staates zu vergrößern." Es ist nicht zu zweifeln, daß diese in so delicater Weise ausgesprochene Loyalität an behördlicher Stelle die gebührende Anerkennung finden werde. Die Preise werden sich nun für Wien so stellen: „Ostdeutsche Post" 14, „Presse" 10, „Morgenpost" 9 Fl. und die Wiener Zeitung, gehoben auf den Standpunkt „der strengeren Anforderungen der gegenwärtigen Bildungsperiode" (ipsissima verba der von der Kaiserl. Hof- und Staatsdruckerei veröffentlichten Pränumerations-Einladung) jährlich 12 Fl.*) Dr. Sebastian Brunners Kirchenzeitung hat ein Mittel ausfindig gemacht, die Last des Stempels leichter zu tragen. Sie wird statt zweimal nur einmal wöchentlich, aber dafür als Doppelbogen erscheinen, und daher an ihrem alten Preise von 8 Fl. jährlich nur um 48 Kreuzer aufschlagen. Die Militairische Zeitung hält fest an ihrem Preise von 6 Fl., der „Oesterreichische Volksfreund" wird die Interessen des politischen Katholicismus künftig um 10 statt 8 Fl. jährlich vertheidigen; doch giebt er sein Sonntagsblatt auf, welches Organ des Severinus-Vereins bleiben und 3 Fl. kosten wird. Was für einen Preis das gelesenste Wiener Blatt, die — Augsburger Allgemeine Zeitung haben wird, das weiß man noch nicht. In anderen Redactions-Localen ist man in Nachdenken versunken über Hamlets Monolog „Sein oder Nichtsein", die Italienischen Blätter hingegen vermehren sich trotz des Stempels, werden aber wahrscheinlich binnen kurzer Frist zur Belohnung für ihre gute Gesinn